

POSTULAT von Susanne Frutig (SP, Dielsdorf), Crista D. Weisshaupt Niedermann (SP, Uster) und Elisabeth Hallauer-Mager (SP, Zürich)

betreffend die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die medizinische und psychosoziale Grundversorgung

Der Regierungsrat wird eingeladen in Anlehnung an das Psychatriekonzept, das sich momentan in der Vernehmlassung befindet, und in Zusammenarbeit mit Zweckverbänden, Vereinigungen von Patientinnen und Patienten, Fachleuten und Fachverbänden, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, das eine demokratische und breit abgestützte Sicherstellung der medizinischen und psychosozialen Grundversorgung gewährleistet. Neben öffentlichen Spitälern, Kranken- und Pflegeheimen, Altersheimen und ambulanten Diensten sollen auch Angebote wie z.B. Alterswohngruppen, Behindertenwohngruppen sowie private Institutionen mitberücksichtigt werden. Hauptziel dieses Gesamtkonzeptes soll die Vernetzung/Koordination der verschiedenen Konzepte (Psychiatrie, Neurorehabilitation, Geriatrie, etc.) mit den Organisationsmodellen für ein wirksames öffentliches Gesundheitswesen sein.

Das Gesamtkonzept soll folgende Schwerpunkte beinhalten:

Grundwerte

- Menschenbild
- Gleichstellung von Frau und Mann
- Gesellschaftlicher Umgang mit Gesundheit, Behinderung, Krankheit, Tod

Evaluation der bestehenden Rahmenbedingungen

- Beurteilung der gegebenen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen

Bedürfnis- und Probleminventar

- Gegenüberstellung von Bedürfnissen und Behandlungsangeboten (Zusammenstellung von Angebotslücken und Überangeboten)
- Problembereiche wie: Betagte, Behinderte, Suchtkranke; ambulante/stationäre Behandlung, dezentrale Betreuungs- und Behandlungsangebote, Prophylaxe, Rehabilitation, usw.
- Koordination und Kooperation zwischen staatlichen und privaten Diensten

Massnahmenplan

- Prioritäten von Angebots- und Betreuungszielen
- Optimierungs- und Veränderungsstrategien
- Vernetzung und Koordination der Organisationsmodelle für ein wirksames öffentliches Gesundheitswesen mit dem Psychatriekonzept (Sektorisierung/Regionalisierung)
- Geeignete Methoden für die Umsetzungsphase, welche eine optimale Koordination und Kooperation gewährleisten und die laufenden Ergebnisse aus den Entwicklungsprozessen berücksichtigen.

Susanne Frutig
Crista D. Weisshaupt Niedermann
Elisabeth Hallauer

Begründung

Mit dem Inkrafttreten des neuen KVG auf 1.1.1996 ist der Kanton Zürich verpflichtet, aufgrund einer Spitalplanung die sogenannte Spitalliste zu erstellen. Institutionen, welche auf dieser Liste figurieren und einen Leistungsauftrag erhalten werden von den KK als Tarifpartner anerkannt und vom Kanton als Staatsbeitragsempfänger zugelassen. Parallel dazu ist im Kanton Zürich die von Prof. E. Buschor initiierte Gesundheitsreform angelaufen und steht das Psychiatriekonzept zur breiten Diskussion.

Verschiedene Einrichtungen des Gesundheitswesens sind an Projektierungsarbeiten für die Sanierung, bzw. Erweiterung ihrer Gebäulichkeiten. Dafür hat der Regierungsrat auch schon Kredite bewilligt. Anderen Institutionen (z.B. Spital Dielsdorf) werden die Staatsbeiträge gekürzt. Wir laufen Gefahr, dass einzelne Regionen, bzw. Institutionen einseitig bevorzugt werden und andere leer ausgehen. Die medizinische und psychosoziale Grundversorgung ist von grossem öffentlichen Interesse und sollte demokratisch und breit abgestützt erarbeitet werden. Nur so haben wir Gewähr, dass das gesteckte Ziel, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen und wo nötig Überkapazitäten abzubauen, vor dem Hintergrund der regionalen Bedürfnisse und Interessen erreicht werden kann.

Die Beispiele von Dielsdorf und Rüti haben klar aufgezeigt, dass die Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung der medizinischen und psychosozialen Grundversorgung mitreden und mitentscheiden will.

Die Erarbeitung eines demokratisch und breit abgestützten Gesamtkonzeptes für die medizinische und psychosoziale Grundversorgung erlaubt es der Regierung, anhand von klaren Rahmenbedingungen und Leitlinien, die notwendigen Massnahmen einzuleiten und verhindert Vertrauensbrüche zwischen Bevölkerung und Regierung wie sie im Bezirk Dielsdorf geschehen sind.